

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 10.09.2025

Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr	
Sitzungsende:	19:44 Uhr	
Sitzungsort:	Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 Dessau-Roßlau	
Leitung der Sitzung:	Herr Rumpf	Vorsitzender des Stadtrates
	Frau Koschig	1. Stellvertreterin
	Herr Bernstein	2. Stellvertreter
Teilnehmer/-innen:	siehe Anwesenheitsliste	

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, eröffnet die Sitzung um 16:03 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 37 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt, den Tagesordnungspunkt 8.1 in den Finanzausschuss zu verweisen und von der heutigen Tagesordnung herunterzunehmen.

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, bestätigt dass der Antrag im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zurückgezogen wurde.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erklärt, dass in den beiden darauffolgenden Tagen beraten und beschlossen worden sei und ausdrücklich klargestellt wurde, dass die Angelegenheit aufrechterhalten werde.
Er widerspricht einer Verweisung.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, führte aus, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss zu einem ohnehin bereits laufenden Vorgang handelt. Daher hält er das Argument, der Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung müsse sich vorrangig mit dem Thema befassen, für verfehlt, zumal – wie sein Fraktionsvorsitzender bereits dargelegt habe – die Angelegenheit

im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität beraten und beschlossen worden sei.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, erscheint zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 38 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck weist noch darauf hin, dass es sich um eine Zuweisung in Höhe von 200.000 Euro an einen Verein handelt und dies zunächst im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung beschließend entschieden werden soll.

Herr Stadtrat H. Weber betont, dass die Beschlusslage unverändert sei und sämtliche Summen bereits Teil des Haushalts seien. Herr Beigeordneter Ulbrich habe in den Haushaltsberatungen zugesichert, dass die beantragten 200.000 Euro unterjährig bereitgestellt würden. Mit der aktuellen Beschlussvorlage sei lediglich darauf hingewiesen und konkretisiert worden, dass die bereits bestehende Beschlussfassung umzusetzen sei.

Herr Adamek, Fraktion CDU, stellt der Form halber die Nachfrage, wie mit der eingegangenen Information umzugehen sei, wonach die ursprünglich für September vorgesehene Vorlage dem Stadtrat nun in geänderter Form erst bis Dezember vorgelegt werden soll.

Herr Focke, Fraktion CDU, erscheint zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 39 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf fragt nach, ob es denn einen zeitlichen Zwang gäbe, den Antrag auf der heutigen Stadtratssitzung zu beschließen oder ob er auch auf der nächsten Stadtratssitzung im Oktober beschlossen werden könne.

Herr Stadtrat Dr. Brozowski erklärt, dass Herr H. Weber ihn zutreffend darauf hingewiesen habe, dass Herr Beigeordneter Ulbrich in den Haushaltsberatungen zugesagt habe, die 200.000 Euro Zuschuss noch in diesem Jahr bereitzustellen. Er äußert die Befürchtung, dass dies nicht mehr gewährleistet sein könnte, wenn die Behandlung erst in der nächsten Sitzung erfolge.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schätzt ein, dass der Antrag auch im nächsten Stadtrat beschlossen werden könne.

Der Stadtratsvorsitzende stellt den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (30:09:00).

Danach wird die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 32:03:04

3 Genehmigung des Auszuges der Niederschrift vom 30.04.2025

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf informiert, dass sich in der ursprünglichen Niederschrift ein Fehler befindet: Dort ist fälschlich die Entscheidung für Variante 4 vermerkt worden, tatsächlich hat der Stadtrat jedoch Variante 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:03:00

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet für den Zeitraum 13. August bis 19. September 2025 von 48 erfolgten Einbürgerungen. Er verweist auf das Heimat- und Schifferfest, das Bauhausjubiläum, die konstituierende Sitzung des Beirats für Stadtgestaltung sowie den ersten Bürgerdialog zur Fortschreibung des INSEK. Zudem weist er auf kommende Termine hin, darunter der Tag des offenen Denkmals, das Brunnenfest des Handwerks und die Abschlussveranstaltung zum Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über ein Urteil des Verwaltungsgerichts Halle zur Entschädigungssatzung. Die Klage sei abgewiesen worden. Die Urteilsbegründung bleibe abzuwarten, bevor über ein Berufungsverfahren entschieden werden könne.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2025 bekannt:

Unternehmensangelegenheiten

- Beauftragung zur Prüfung der Umsetzbarkeit des vorliegenden Sanierungsgutachtens
- Abberufung der Geschäftsführung der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG) und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses
- Beschäftigungsverhältnis des Ärztlichen Direktors und des Verwaltungsdirektors des Städtischen Klinikums Dessau
- Beschäftigungsverhältnis der Geschäftsführung bei der MVZ SKD

gGmbH
4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

4.3.1 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters nach § 65 Abs. 4 KVG LSA über die Bewilligung und Umsetzung der Maßnahme “ Beschaffung Microsoft Office 2024 Standard“.
Vorlage: BV/201/2025/II-11

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet über Eilentscheidungen zur Beschaffung von Microsoft Office 2024-Lizenzen sowie zur außerplanmäßigen Anschaffung mobiler Sperrelemente (Hochsicherheitspoller und Überfahrtschutz) zur Absicherung des Weihnachtsmarkts.

5 Einwohnerfragestunde

Frau Berger, Sprecherin des Elternkuratoriums im Hort Zauberburg, weist darauf hin, dass der Stadtrat bereits die Sanierung des Hortes beschlossen und das Landesverwaltungsamt trotz Haushaltssperre 2,7 Mio. Euro genehmigt hat. Eine neue negative Wirtschaftlichkeitsrechnung sei nur entstanden, weil Hort und Freizeiteinrichtung zusammen betrachtet wurden. Sie fragt, wie der Stadtrat sicherstellt, dass der Beschluss umgesetzt wird, und ob er bereit ist, zumindest 10.000 Euro für die Ausschreibung eines Planers bereitzustellen, damit die Sanierung beginnen kann.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erläutert, dass der Stadtrat eine Gesamtsumme von 4,3 Mio. Euro für die Sanierung beschlossen habe, wovon 1,9 Mio. Euro Fördermittel seien. Eine Aufteilung in kleinere Teilbeträge sei nicht möglich, da viele Maßnahmen wie Dach, Heizung oder Elektrik nur im Ganzen erneuert werden könnten. Die schwierige Haushaltslage sei unter anderem auf die Defizite des Klinikums zurückzuführen, jedoch habe der Fördermittelgeber die Frist für die Fertigstellung bis Ende 2029 verlängert, sodass ausreichend Zeit für die Umsetzung bleibe. Gemeinsam mit Architekten und dem UBW sollen Einsparmöglichkeiten geprüft werden, um die Kosten um etwa eine Million Euro zu senken, ohne die Funktionsfähigkeit des Hauses zu gefährden. Gelingt dies, könne trotz Haushaltssperre mit der Planung begonnen werden, die jedoch nicht mit 10.000 Euro, sondern mit mehreren Hunderttausend Euro zu Buche schlagen werde. Der Oberbürgermeister habe zugesagt, unter diesen Voraussetzungen den Planungsbeginn zu ermöglichen.

Frau Berger erbittet sich die Antwort auch noch in schriftlicher Form.

Herr Lummitsch erinnert daran, dass er bereits am 28. Mai eine Anfrage zum Wildschaden 2022/2023 gestellt habe. Diese sei seiner Ansicht nach noch nicht

hinreichend beantwortet worden. Er bittet daher um eine abschließende und vollständige Antwort.

Frau Erxleben, Stellvertreterin für den Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit Herrn Horváth, erklärt, dass der Sachverhalt derzeit noch geprüft werde. Eine abschließende Stellungnahme liege daher noch nicht vor, werde aber innerhalb der nächsten 14 Tage erfolgen.

Herr Lummitsch betont, dass es sich um Fälle aus 2022/2023 handelt und er wegen einer drohenden Verjährungsfrist dringend vor Oktober eine verbindliche Antwort benötigt. Er hofft daher sehr, dass die zugesagte Klärung in 14 Tagen erfolgt.

Frau Tietz, Vertreterin des „Bündnis Dessau Nazifrei“, erkundigt sich, ob das Zeigen verfassungswidriger Symbolik beim Roßlauer Schifferfest juristisch verfolgt wird und welche Konsequenzen die Stadt daraus zieht. Außerdem fragt sie, warum zwei Anfang September gemeldete verfassungswidrige Schmierereien in Dessau Nord bislang nicht entfernt wurden, obwohl dies früher schneller geschah.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schlägt vor, beide Fragen in den Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt zu verweisen und schriftlich zu beantworten.

6 Beschlussfassungen

6.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines Stellvertreters für den Jugendhilfeausschuss Vorlage: BV/230/2025/I-07

Herr Dr. Nothdurft, AfD-Fraktion, führt aus, dass eine Ungleichbehandlung der AfD-Fraktion vorliegt. Üblicherweise meldeten die Fraktionen ihre Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss entsprechend ihrer Stärke an die Verwaltung, der Stadtrat bestätige dies anschließend. So sei es auch bei der letzten Besetzung sowie bei einer Umbesetzung im Fall Pro Dessau-Roßlau im Dezember gehandhabt worden.

Er kritisiert, dass nun stattdessen eine geheime Wahl durchgeführt worden sei. Zudem sei die AfD-Fraktion aufgefordert worden, schriftliche Rücktritte der betroffenen Mitglieder vorzulegen – ein einmaliger Vorgang.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf erklärt, es habe keinen „Coup“ oder eine Inszenierung gegeben. Aufgrund der besonderen gesetzlichen Stellung des Jugendhilfeausschusses handle es sich nicht um eine bloße Bestätigung, sondern um eine Wahl.

Herr Stadtrat Dr. Nothdurft erklärt, dass seine Fraktion bereits Anfang Februar die

Verwaltung darüber informiert habe, Herrn Stadtrat Zoogbaum aus dem Jugendhilfeausschuss zurückzuziehen, da sich die Zahl ihrer Vertreter verringert habe. Dennoch sei bislang nichts geschehen. Herr Stadtrat Zoogbaum sitzt weiterhin im Jugendhilfeausschuss und werde dort sogar als fraktionslos geführt, obwohl er nie vom Stadtrat entsandt worden sei. Auf der Anwesenheitsliste erscheint er lediglich an hinterer Position. Herr Dr. Nothdurft betont, dass diese Angelegenheit geklärt werden muss, da nur die AfD-Fraktion berechtigt ist, Herrn Stadtrat Zoogbaum abzurufen.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. stellt klar, dass der Jugendhilfeausschuss gewählt wird und nicht – wie andere Gremien – auf Vorschlag der Fraktionen besetzt ist. Wahlen können in einer Demokratie positiv oder negativ ausgehen, und es ist Aufgabe der AfD gewesen, sich vorher um Mehrheiten zu kümmern. Zudem kritisiert er, dass die AfD in ihrer Rede Verwaltungsmitarbeitende namentlich angegriffen hat, was sich nicht gehört. Schließlich weist er darauf hin, dass Herr Dr. Nothdurft selbst als Gast im Jugendhilfeausschuss gewesen ist und dort sogar Rederecht erhalten hat, sodass er sich nicht benachteiligt fühlen kann.

Herr Stadtrat Dr. Nothdurft erklärt, seine Fraktion stellt einen Änderungsantrag, der die sofortige Abberufung des stimmberechtigten Mitglieds Zoogbaum aus dem Jugendhilfeausschuss zum Inhalt hat. Dieser Antrag ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Er begründet dies damit, dass Herr Zoogbaum ursprünglich auf Vorschlag der AfD gewählt worden ist. Er malte das Szenario aus, dass beide AfD-Mitglieder aus der Fraktion austreten können und dann zwei fraktionslose Vertreter im Ausschuss sitzen, ohne dass eine Abberufung möglich wäre. Außerdem kritisiert er die Ausführungen von Herrn Stadtrat Kaßner und stellt klar, dass bei der Wahl kein geheimer Wahlgang stattgefunden hat, sondern lediglich eine offene Abstimmung im Stadtrat. Er fordert, dass seine Fraktion gleichberechtigt behandelt und der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt wird.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, stellt klar, dass Herr Kaßner die rechtliche Situation zutreffend dargestellt hat: Der Jugendhilfeausschuss unterscheidet sich von anderen Gremien, da es sich um ein Wahlgremium handelt. Wer gewählt ist, bleibt im Amt, solange keine Mehrheit für eine Abwahl zustande kommt. Er verweist auf ein ähnliches Beispiel aus dem Sparkassen-Aufsichtsrat. Zugleich betont Herr Stadtrat Weber, dass der Stadtrat im Umgang mit der AfD-Fraktion mehr Skepsis zeigt als gegenüber langjährigen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen, mit denen über Jahre ein kollegiales und ausgewogenes Miteinander gepflegt wurde.

Abschließend er die AfD-Fraktion auf, sich einzuleben, kollegial aufzutreten und das Gespräch zu suchen, da dies die Zusammenarbeit erleichtert.

Frau Ochmann, Rechtsamt der Stadtverwaltung, erläutert, dass gemäß § 4 Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Vertretung zu Beginn jeder Wahlperiode für deren Dauer die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter wählt.

Herr Stadtrat Dr. Nothdurft erklärt, dass bisher kein Mitglied des Jugendhilfeausschusses durch geheime Wahl gewählt wurde, sondern stets nach Vorschlag der jeweiligen Fraktionen. Er betont, dass die AfD-Fraktion nicht ungleich behandelt werden dürfe und erklärt, dies kann seine Fraktion unabhängig von der Entscheidung des Stadtrates nicht akzeptieren.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf verweist auf die rechtliche Würdigung des Rechtsamtes, wonach über den Änderungsantrag nicht abgestimmt werden kann. Daher entfällt eine Abstimmung über diesen Antrag, und es wird zur Beschlussvorlage übergegangen.

Im Anschluss leitet er zur Wahl von Herrn Stadtrat Diedering als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses über. Er schlägt vor, die Wahl als offene Wahl durchzuführen, sofern kein Widerspruch erfolgt.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, legt gegen diese Vorgangsweise Widerspruch ein. Daraufhin bittet der Stadtratsvorsitzende die Stimmzählkommission (Frau Koschig, Herr Dr. Brozowski) um Vorbereitung der Wahlurne und organisiert die Ausgabe und Kontrolle der Stimmzettel.

Die ordnungsgemäße Leere und Versiegelung der Wahlurne wird durch die Wahlkommission geprüft. Danach ruft Herr Rumpf die Fraktionen der Reihe nach zur Stimmabgabe auf.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

- 14 Ja-Stimmen
- 25 Nein-Stimmen
- 0 ungültige Stimmzettel.

Damit hat Herr Diedering die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter nicht durchgeführt.

6.2 Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzeptes **Vorlage: BV/174/2025/I-61**

Herr Diedering, Fraktion AfD, kritisiert die Entscheidung zur Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in den Ortschaften Brambach und Neeken. Er bemängelt insbesondere die fehlende frühzeitige Bürgerbeteiligung, die zu Widerständen und Entfremdung zwischen Einwohnern und Entscheidungsträgern geführt hat. Zudem warnt er vor den Folgen der Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Energieerzeugung, da dies die Nahrungsmittelproduktion einschränkt und das ländlich geprägte Landschaftsbild verändert. Er betont, dass Agrarflächen Vorrang haben sollten und dass Dächer von Gebäuden sowie Parkplätze geeignetere Standorte für Photovoltaikanlagen darstellen.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, weist die Kritik der Fraktion AfD zurück und betont, dass die öffentliche Beteiligung ordnungsgemäß erfolgt ist. Die Diskussion sei frühzeitig angekündigt worden, und es liege an den Einwohnern, sich einzubringen. Nachträgliche Vorwürfe gegen Grundstückseigentümer, die von Pachteinahmen profitieren, bezeichnet er als unangebracht. Zudem erklärt er, dass schwächere Böden aufgrund von Klimaveränderungen ohnehin geringe Erträge bringen und die Flächen unter Photovoltaikanlagen weiterhin landwirtschaftlich, etwa durch Schafbeweidung, genutzt werden können.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, kritisiert die Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen in Photovoltaikanlagen. Er verweist auf die hohe Qualität der Böden entlang der B6N und warnt vor einer Verdrängung von Ackerbau zugunsten sogenannter „Strombauern“. Landwirtschaftliche Nutzflächen sollten seiner Ansicht nach ausschließlich der Nahrungsmittelproduktion vorbehalten bleiben.

Frau Marx, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, erkundigt sich nach der transparenten Verwendung und Kontrolle der kommunalen Einnahmen aus der Abgabe von 0,2 Prozent pro Kilowattstunde und fragt, ob die Ortschaftsräte hierbei mitbestimmen können.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erläutert, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz derzeit keine verpflichtende Kommunalabgabe vorsieht, sondern nur eine freiwillige Leistung. Sachsen-Anhalt bereite zwar eine gesetzliche Regelung vor, das Verfahren sei jedoch noch nicht abgeschlossen, weshalb er die Frage aktuell nicht abschließend beantworten kann.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erklärt, dass die Abstimmung ohne die Beiträge der AfD schnell hätte erfolgen können. Er weist die Behauptungen von Herrn Stadtrat Mrosek zurück und kritisiert dessen frühere Darstellungen in Amtsblattartikeln als verzerrt und falsch.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, weist darauf hin, dass es bereits Projekte mit freiwilliger Zahlung der 0,2 Prozent-Abgabe gibt und regt an, die Einnahmen transparent im Haushalt darzustellen sowie die Beteiligung der Ortschaftsräte zu klären. Er kritisiert, dass im Abwägungspapier zwar viele Kriterien berücksichtigt wurden, jedoch nicht die Prüfung der Netzanschlusskapazitäten. Zudem betont er, dass die Stadtverwaltung ein umfangreiches Dokument erstellt hat, um sicherzustellen, dass es nicht zu einer Verzerrung oder Schönrechnung von Informationen kommt. In diesem Papier wurden viele Aspekte sorgfältig abgewogen, einschließlich der Flächen, die betrachtet werden müssen. Jeder Bürger hatte zudem die Möglichkeit, Einwendungen zu bestimmten Punkten zu äußern, was bedeutet, dass die Bürger in den Entscheidungsprozess einbezogen wurden.

Beschluss:

1. Die zum Entwurf der Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzepts vorgebrachten Stellungnahmen werden mit dem Ergebnis geprüft, sie in der Art und Weise zu berücksichtigen, wie es in den Abwägungsvorschlägen (**Anlage 2**) angegeben ist.
2. Die Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzepts wird in der vorliegenden Fassung vom 23. Juni 2025 und als städtebauliches Entwicklungskonzept gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 31:08:00

6.3 Bundesgartenschau 2035 – Vorbereitung einer Kooperationsvereinbarung mit dem BUGA CLUB Dessau-Roßlau e.V. Vorlage: BV/200/2025/I-61

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck kündigt an, dass es im Fachausschuss einen Wunsch gegeben hat, dass sich der BUGA-Club als Verein im Stadtrat vorstellt. Da Vertreterinnen und Vertreter anwesend sind, ist dies möglich.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, stellt einen Antrag für das Rederecht der Vertreter des BUGA-Clubs. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (34:03:02).

Frau Grüger, Vorsitzende des BUGA-Clubs, stellt den Verein „BUGA-Club Dessau-Roßlau e.V., Freundeskreis der Bundesgartenschau 2035“ vor. Sie erläutert Gründung, Ziele und Aufgaben des Vereins, der 2024 mit 40 Mitgliedern ins Leben gerufen wurde. Ziel ist es, die Vorbereitung und Durchführung der Bundesgartenschau (BUGA) aktiv zu begleiten, Beteiligungsformate und Jugendprojekte umzusetzen sowie Begeisterung für die BUGA in der Stadtgesellschaft zu wecken. Der Verein versteht sich als Plattform für Bürger, Unternehmen und Vereine, will Netzwerke schaffen, Projekte realisieren und die Lebensqualität in Dessau-Roßlau nachhaltig verbessern. Frau Grüger verweist auf bereits durchgeführte Aktivitäten wie den BUGA-Wunschbaum oder den Zukunftstag Gartenschau und kündigt weitere Projekte, darunter einen Bürgerdialog, an.

Herr Stadtrat Dr. Brozowski erklärt, dass er die Diskussion über Kooperationen mit dem BUGA-Club für verfrüht hält und zunächst die BUGA-Gesellschaft ihre Arbeit aufnehmen soll. Er verweist auf anfängliche Intransparenz des Clubs, die sich inzwischen verbessert hat. Zudem bittet er die Verwaltung, die zukünftige Rollenverteilung im BUGA-Prozess zwischen Verwaltung, Stadtrat, BUGA-Gesellschaft, BUGA-Club und Zivilgesellschaft darzulegen. Abschließend kündigt er an, sich der Abstimmung zu enthalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass voraussichtlich der Haupt- und Personalausschuss als BUGA-Ausschuss benannt werden soll, da dort die Fraktionsvorsitzenden vertreten sind und grundsätzliche Angelegenheiten behandelt werden. Die genaue Rollenverteilung zwischen Verwaltung, Stadtrat und BUGA-Gesellschaft wird schriftlich mitgeteilt.

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, schließt sich den Überlegungen von Herrn Stadtrat Dr. Brozowski an und fragt, weshalb die Stadt Dessau-Roßlau als Kooperationspartner vorgesehen ist und nicht die zukünftige BUGA-Gesellschaft, die für die organisatorische Abwicklung zuständig ist und daher die Unterstützung durch den BUGA-Club benötigt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck betont, dass die Entscheidung des Stadtrats zur Kooperation mit dem BUGA-Club besonders weitreichend ist, da sie vom Hauptorgan der Stadt legitimiert wird. Dies stellt eine umfassendere Grundlage dar als eine Entscheidung allein durch Aufsichtsrat oder Geschäftsführung. Da die BUGA die gesamte Stadt betrifft, soll die Kooperation vom Stadtrat getragen werden; zudem bleibt ein wesentlicher Teil der Aufgaben, insbesondere Investitionen, in der Verantwortung der Stadtverwaltung.

Herr Hoffmann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, begrüßt die Unterstützung durch den BUGA-Club und zieht Vergleiche zu anderen kulturellen Einrichtungen der Stadt, die ebenfalls von Fördervereinen getragen werden. Er betont die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit dem Verein, um die BUGA-Entwicklung über mehrere Jahre hinweg zu begleiten, Projekte umzusetzen und die Bevölkerung einzubeziehen. Abschließend wirbt er nachdrücklich für die Kooperation.

Herr Schöнемann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, betont, dass der BUGA-Club zur Transparenz des Prozesses beitragen kann und damit hilft, Klarheit zu schaffen. Er fordert eine konkrete, projektorientierte Ausrichtung auf Quartiere und Ortschaften, um die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit mitzunehmen. Die BUGA soll nicht als reine „Blümchenshow“ verstanden werden, sondern als Chance, Stadtentwicklung in Bereichen wie Kultur, Infrastruktur und Einzelhandel voranzubringen und Defizite der Vergangenheit auszugleichen. Stadtbezirksbeiräte - und Ortschaftsräte sieht er dabei als wichtige Partner.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärt, dass seine Anmerkungen weder Misstrauen noch Kritik an der BUGA darstellen. Er befürwortet die Kooperation grundsätzlich, verweist jedoch auf offene Fragen zum Vertragsstand und zur Zeichnungsfähigkeit. Zudem spricht er sich dafür aus, einen Vertreter der künftigen BUGA gGmbH in die Kooperation einzubeziehen. Abschließend merkt er an, dass die Zuständigkeit vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität in den Haupt- und Personalausschuss verlagert wurde, er dies jedoch gerne beim Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität belassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Benennung des zuständigen Ausschusses noch offen ist und auch andere Ausschüsse oder ein eigener BUGA-Ausschuss in Betracht kommen. Zum Vertragsentwurf führt er aus, dass die finale Fassung vorliegt und gezeichnet werden kann; eine Ergänzung um die Geschäftsführung der BUGA gGmbH ist möglich, sobald die Stelle besetzt ist.

Beschluss:

Zur Förderung der mit der Ausrichtung und Durchführung der Bundesgartenschau 2035 verbundenen Zielsetzungen wird der in der **Anlage 2** beigefügte Entwurf einer Kooperationsvereinbarung mit dem BUGA CLUB Dessau-Roßlau e.V. befürwortet und zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.

Abstimmungsergebnis: 25:08:06

6.4 Unternehmensangelegenheiten - Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2024 Vorlage: BV/172/2025/II-20BTM

Aufgrund des Mitwirkungsverbotes erklären folgende Mitglieder des Stadtrates ihre Befangenheit und nehmen nicht an der Abstimmung teil:

- Herr Oberbürgermeister Dr. Reck,
- Herr Groneberg, Fraktion CDU,
- Herr Ratzmann, Fraktion AfD,
- Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,
- Herr Hartmann, Fraktion SPD;
- Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, sowie
- Herr Hoffmann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates.

Beschluss:

Die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 28:00:04:07

6.5 Gründung BUGA-Gesellschaft Vorlage: BV/103/2025/III

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, äußert Bedenken zur Aufgaben- und Stellenverteilung zwischen BUGA-Gesellschaft und Stadtverwaltung. Er befürchtet Schwierigkeiten bei der Besetzung der geplanten Stellen, zusätzliche Belastungen für die Verwaltung sowie mögliche Reibungsverluste in der

Zusammenarbeit. Zudem hält er eine umfassendere Analyse vergangener BUGA-Modelle für sinnvoll. Trotz seiner Kritik will er kein ablehnendes Signal senden und kündigt daher an, sich der Abstimmung zu enthalten.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erklärt, dass sie der Beschlussvorlage zur BUGA-Gesellschaft zustimmen wird, da deren zügige Gründung zwingend erforderlich sei, um voranzukommen, trotz erheblicher Bedenken zur Aufgabenverteilung zwischen Stadtverwaltung und BUGA-Gesellschaft. Sie kritisiert insbesondere, dass dauerhaft baulich-investive Maßnahmen nicht Aufgabe der Gesellschaft sein sollen, sondern in Eigenregie der Stadt bearbeitet werden, was zu herkömmlichen Planungen ohne innovative Ansätze führe. Am Beispiel der Johannisstraße macht sie deutlich, dass bisherige Planungen nicht den Zielen der BUGA entsprechen. Sie plädiert für neue Kräfte und Ideen, die unabhängig von bestehenden Hierarchien grünere und klimaresistente Konzepte entwickeln können. Abschließend betont sie, dass der Gesellschaftsvertrag offen genug formuliert sei, um Anpassungen der Aufgabenverteilung in Zukunft zu ermöglichen.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, kündigt an, sich der Stimme zu enthalten, da er ein Missverhältnis zwischen den Lizenzkosten für die Bundesgartenschau (BUGA) und den bisherigen Leistungen sieht. Er kritisiert zudem die geplante Schaffung von zehn neuen Stellen bei gleichzeitiger Haushaltssperre und Konsolidierungsauftrag, was zu erheblichen Einsparungen in der Kernverwaltung führen müsste. Abschließend schließt er sich den Ausführungen von Herrn Stadtrat Dr. Brozowski an.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, betont, dass die Gründung einer BUGA-Gesellschaft in allen BUGA-Städten üblich sei und sich die Aufgaben flexibel an den gefundenen Personalprofilen orientieren könnten. Sie hebt hervor, dass die BUGA auch als Chance zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter für die Verwaltung gesehen wird, deren Erfahrungen über 2035 hinaus genutzt werden kann. Zugleich weist sie die Kritik an bisherigen Planungen zurück und wirbt um Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung, auch wenn künftig verstärkt Klimaanpassung berücksichtigt werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt klar, dass die BUGA nicht zulasten der Kernverwaltung geht, da viele Maßnahmen ohnehin geplante Infrastrukturvorhaben der Stadt sind und im Rahmen der BUGA gebündelt werden. Das dafür eingestellte Personal ist grundsätzlich notwendig, um diese Maßnahmen umzusetzen. Er betont zugleich die Offenheit des Vertrags, der künftige Anpassungen ermöglicht.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, unterstützt die Argumentation von Frau Stadträtin Richter teilweise, betont jedoch, dass die BUGA unbedingt als Chance genutzt werden muss, um die Verwaltung personell zu stärken und kreative Impulse zu setzen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist es verhängnisvoll, diese Möglichkeit ungenutzt zu lassen.

Herr Stadtrat Dr. Brozowski geht auf die Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Lohde ein und stellt die Frage, weshalb neues Personal nicht zunächst bei der BUGA-Gesellschaft eingestellt und anschließend, bei Bewährung, in die Stadtverwaltung übernommen werden könne.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass grundsätzlich auch die Anstellung von Personal über die BUGA-Gesellschaft möglich wäre, man sich jedoch aufgrund der Erfahrungen aus Erfurt entschieden hat, die Verwaltung personell zu stärken und Aufgaben selbst wahrzunehmen. Externe Planer sind nicht immer ein Garant für Qualität. Die konkrete Umsetzung soll schrittweise erfolgen und an die Gegebenheiten der Stadt angepasst werden.

Vor der Abstimmung verlässt Herr Paul, Fraktion AfD, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 38 stimmberechtigte Mitglieder.

Beschluss:

1. Der Gründung einer Gesellschaft zum 1. Januar 2026, firmierend unter „BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH“, mit der Stadt Dessau-Roßlau als Gründungsmitgesellschafterin wird zugestimmt.
2. Dem Gesellschaftsvertrag der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH entsprechend Anlage 2 wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat beschließt, dass die Geschäftsführung zur Besetzung zum 1. Januar 2026 ausgeschrieben und dem Stadtrat mit gesonderter Beschlussvorlage zur Entscheidung gegeben wird. Sofern notwendig, wird eine Interimsgeschäftsführung aus der Verwaltung benannt. Die Benennung der seitens der Stadt Dessau-Roßlau zu bestimmenden Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgt ebenfalls mit gesonderter Beschlussvorlage bis Ende 2025.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, die oben benannten Beschlusspunkte (gesellschaftsrechtlich) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 25:07:06

Nachdem Tagesordnungspunkt wird eine 16-minütige Pause durchgeführt.

6.6 Errichtung einer Behelfsbrücke für die Aufrechterhaltung der Bundesstraße B 184
- 2. Novellierung Maßnahmebeschluss -
Vorlage: BV/180/2025/III-66

Herr Paul, Fraktion AfD, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 39 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, kündigt an, der Beschlussvorlage nicht zuzustimmen. Er kritisiert, dass Mittel für die Schule an der Muldeaue und den Abriss der Schule Bernburger Straße als Gegenfinanzierung herangezogen werden, ohne Gewähr, dass sie im nächsten Haushalt wiedereingestellt werden. Er betont, Straßenbaumaßnahmen dürfen nicht auf Kosten benachteiligter Schüler erfolgen, und bemängelt fehlende Transparenz hinsichtlich möglicher Rückflüsse von der Bundesstraßenbaubehörde.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, stellt klar, dass es sich bei der Mittelumschichtung um eine rein formale haushälterische Notwendigkeit handelt. Aufgrund der achtmonatigen satzungslosen Zeit hätten Maßnahmen ohnehin nicht begonnen, und die Mittel würden in diesem Jahr verfallen, wenn sie nicht genutzt werden. Neue Mittel müssten in jedem Fall für 2025 angemeldet werden. Einschränkungen bei Baumaßnahmen ergeben sich ausschließlich aus der allgemeinen Haushaltslage.

Beschluss:

1. Aufgrund der aktuellen Gesamtkosten der Behelfsbrücke für die Aufrechterhaltung der Bundesstraße B 184 ist der Maßnahmebeschluss erneut zu novellieren. Die aktuellen Gesamtkosten für die Behelfsbrücke und Verkehrsanlagen betragen 8.700.000 €.
2. Zur Sicherung der Finanzierung der Behelfsbrücke wird eine überplanmäßige Ausgabe (ÜP Ausgaben) in Höhe von 1.952.000 € sowie für die Mindereinnahmen eine Deckung in Höhe von 1.080.000 € genehmigt. Zur Gewährleistung der Terminkette der Abrechnung der Maßnahme sind die Freigaben sofort nach Beschlussfassung im Stadtrat umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 33:04:02

6.7 1. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Dessau-Roßlau (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: BV/150/2025/III-66

Beschluss:

Die 1. Änderung der Straßenreinigungssatzung in der Stadt Dessau-Roßlau wird bestätigt und tritt ab 01.01.2026 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 37:00:02

- 6.8 1. Änderung der Satzung über den Winterdienst der Stadt Dessau-Roßlau (Winterdienstsatzung)**
Vorlage: BV/181/2025/III-66

Beschluss:

Die 1. Änderung der Winterdienstsatzung in der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen und tritt ab 01.11.2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

- 6.9 Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen im Bereich der Straße Am Pharmapark, 06861 Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/229/2025/III-66

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 dargestellte Abschnitt der Straße „Am Pharmapark“ wird entsprechend Bebauungsplan Nr. 168 A1 „Biopharmapark Dessau“ beginnend vom Anschluss an die Prof.-Möhlmann-Straße bis zum neuen Empfangsgebäude der IDT/TEW (Gemarkung Rodleben, Flur 5, Flurstück 283 - ehem. Schwimmbadtechnik) eingezogen.
2. Die Veröffentlichung der Einziehungserklärung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

- 6.10 Wärmeplanung Stadt Dessau-Roßlau - öffentliche Beteiligung**
Vorlage: BV/182/2025/III-KSM

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, führt in das Thema kommunale Wärmeplanung ein. Ziel ist eine grobe Einschätzung des künftigen Wärmebedarfs in den nächsten 10–15 Jahren und die Klärung, wie dieser unter gesetzlichen Vorgaben gedeckt werden kann. Dabei wird u. a. die Wirtschaftlichkeit bestehender Fernwärmenetze sowie Alternativen für Ortsteile mit fossilen Brennstoffen betrachtet. Vom 1. bis 31. Oktober findet eine öffentliche

Beteiligung über das Landesportal und ein Online-Tool der Stadt statt; das Stadtgebiet ist dafür in 84 Teilgebiete gegliedert. Parallel erarbeitet die Stadtwerke eine Transformationsplanung. Zudem wird am 13. Oktober eine öffentliche Einführung in der Marienkirche angeboten.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, weist auf die große Bedeutung der kommunalen Wärmeplanung hin. Sie ist keine bloße Formalie, sondern hat eine direkte Auswirkung darauf, ob künftig in den Ortschaften Gasheizungen oder andere Anlagen verbaut werden dürfen. Zudem betrifft sie die Investitionen der DVV und müsse mit Sachverstand sowie breiter Bürgerbeteiligung umgesetzt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den vorgelegten Entwurf der Wärmeplanung Dessau-Roßlau gemäß §13 Abs. 3 Wärmeplanungsgesetz einschließlich der Ergebnisse zur Eignungsprüfung, Bestands- und Potenzialanalyse in die öffentliche Beteiligung zu geben.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

6.11 Ausstattung von Dessau-Roßlauer Schulen mit Computer- und Medientechnik unter Nutzung der IKT-Richtlinie des Landes Sachsen-Anhalt **Vorlage: BV/216/2025/IV-40**

Beschluss:

Die Teilnahme am IKT-Förderprogramm zur Verbesserung der informationstechnischen Strukturen der Schulen lt. Anlage 2 mit einer Gesamtausgabe i. H. v. bis zu 880.000,00€ bei einer **Förderquote von 80%** wird beschlossen.

Das Amt für Bildung und Schulentwicklung wird beauftragt die Förderanträge für die Schulen lt. Anlage 2 zu stellen und bei positivem Bescheid umzusetzen.

Die Umsetzung erfolgt je nach Zuwendung und Bewilligungszeitraum 2025/26 – der letzte Zahlungsantrag ist für die kreisfreien Städte bis zum 30.Juni 2026 einzureichen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

6.12 Nachtfahrverbot für Mähroboter **Vorlage: FV/010/2025/GRÜNE**

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schildert die zunehmende Zahl schwerverletzter Igel, insbesondere durch Mähroboter, und verweist auf die ehrenamtliche Arbeit der Igelhilfe Dessau. Er hebt die unzureichende finanzielle Unterstützung durch die Stadt hervor und bittet um Zustimmung zum Antrag, um die Arbeit der Igelhilfe weiter zu fördern.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich gegenüber der zuständigen unteren Naturschutzbehörde – in seiner Rolle als Dienstvorgesetzter – für den Erlass einer Allgemeinverfügung zum nächtlichen Betriebsverbot von Mährobotern im Stadtgebiet einzusetzen. Dabei kann die Allgemeinverfügung der Stadt Köln vom Oktober 2024 (Anlage 3) als Grundlage dienen.

Abstimmungsergebnis: 25:10:04

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 27 KomHVO für Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes und Investitionen der Stadt Dessau-Roßlau 2025 sowie für die Eigenbetriebe Vorlage: BV/231/2025/II-20

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erinnert an die Zusage aus dem Vorjahr, sich bei einer Haushaltssperre eng mit dem Stadtrat abzustimmen. Zwar sei die rechtliche Befugnis des Oberbürgermeisters unbestritten, jedoch könne der Stadtrat insbesondere bei Investitionsmaßnahmen mitentscheiden und Prioritäten setzen. Er kritisiert, dass die Beteiligung des Stadtrats bei der aktuellen Vorgehensweise fehlt und bedauert dieses Vorgehen.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, kritisiert die Formulierung in der Beschlussvorlage, wonach Ausschreibungen für BUGA-Stellen von der Haushaltssperre ausgenommen seien. Angesichts der allgemeinen Spardiskussion hält er dies für schwer nachvollziehbar. Zudem weist er auf Probleme hin, die durch die Haushaltssperre in den Eigenbetrieben, insbesondere am Städtischen Klinikum, entstehen könnten und die Sanierung verzögern würden, auch wenn betriebswichtige Aufgaben ausgenommen seien.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Wortlaut zur Haushaltssperre des Städtischen Klinikums mit der Kommunalaufsicht abgestimmt sei, um notwendige Sanierungsmaßnahmen nicht zu blockieren. Zugleich ist es richtig und notwendig, auch das Klinikum als größten Defizitverursacher der Sperre zu unterstellen. Weitere Eigenbetriebe sind ebenfalls betroffen, jedoch mit Ausnahmen

(z. Bsp. Eigenbetrieb Stadtpflege im laufenden Geschäft). Viele Bereiche wie baulicher Unterhalt, Pflichtaufgaben oder Vereinszuwendungen sind von der Sperre ausgenommen, sodass die Auswirkungen möglichst gering bleiben. Er betont, dass das Defizit von 42 Millionen Euro rund 14 Prozent des Haushalts ausmacht und die Sperre daher keine Willkür, sondern eine zwingende Vorgabe der Kommunalaufsicht ist. 60 Prozent der Haushaltsansätze bleiben nutzbar, 40 Prozent sind gesperrt, könnten aber im Bedarfsfall freigegeben werden. Auch Stellenbesetzungen sind bei nachgewiesener Unabweisbarkeit möglich. Die Sperre dient letztlich der Entlastung des Verwaltungshaushalts und der Vermeidung weiterer Verschuldung.

Herr H. Weber verweist darauf, dass die Haushalte 2023 und 2024 mit geringerem Defizit als geplant abgeschlossen würden, weil Investitionen nicht umgesetzt worden seien. Notwendig sei eine gemeinsame Priorisierung zwingender Investitionen. Zudem kritisiert er den Theatervertrag mit hohen Eigenmitteln, die ungenutzte Auszahlung für das Leipziger Tor, sowie die späte Einsicht in organisatorische Probleme beim Personal, für deren Lösung nun externe Beratungskosten anfielen.

7.2 Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau 2020-2024 **Vorlage: IV/038/2025/V-10**

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, dankt der Verwaltung für den Bericht und regt an, dem Haupt- und Personalausschuss die wichtigsten Kennzahlen wie Beschäftigtenzahl, Einstellungsverfahren, Krankenquote und offene Stellen künftig vierteljährlich in komprimierter Form vorzulegen.

Frau Erxleben, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, erklärt, dass bestimmte Kennzahlen wie der Krankenstand nur jahresweise aussagekräftig erhoben werden können und eine quartalsweise Darstellung kein repräsentatives Bild ergibt. Dagegen kann sie regelmäßig über den Stand der Vollzeitäquivalente und offenen Stellen berichten. Weitere Daten quartalsweise zu liefern, wäre mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, erinnert daran, dass in der Vergangenheit die Dezernate und Ämter im Haupt- und Personalausschuss ihre Strukturen verteidigen mussten, bis hin zu Stellenbeschreibungen. Angesichts von Personalengpässen in wichtigen Bereichen regt er an, eine ähnliche Vorgehensweise wieder einzuführen, um Politik und Verwaltung eine rationale Grundlage für Priorisierungen zu geben.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, stellt klar, dass der Antrag zur regelmäßigen Berichterstattung von ihm stammt. Er hat ursprünglich ein Update mindestens halbjährlich gefordert und betont, dass Kennzahlen wie der Krankenstand in anderen Unternehmen monatlich erhoben wird. Ziel sei nicht, die Verwaltung mit Berichten zu belasten, sondern Transparenz zu schaffen,

Schwachstellen zu erkennen und Überlastungen frühzeitig sichtbar zu machen. Er akzeptiert, dass die Verwaltung quartalsweise Zahlen zu Stellen bereitstellen könne.

Frau Erxleben erklärt, dass sie die gewünschten Informationen liefern kann, jedoch schlägt sie vor, sich zuvor fraktionsübergreifend darauf zu verständigen, welche Kennzahlen tatsächlich benötigt würden. Sie möchte vermeiden, unnötig Daten zu erheben und Personal zu binden.

Herr Stadtrat George widerspricht und erinnert daran, dass er bereits im November einen Fragenkatalog vorgelegt hat, in dem alle gewünschten Punkte enthalten sind. Er kritisiert, dass die Beantwortung mehrfach verschoben wurde und fordert, die Fragen nun endlich zu beantworten, um Transparenz für den Stadtrat zu schaffen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, regt an, für die weitere Diskussion zum INSEK eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen 2013–2025 vorzulegen, um Erfolge und Defizite sichtbar zu machen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Zudem hebt er die Bedeutung von Orts- und Stadtteilentwicklungskonzepten hervor und verweist auf positive Erfahrungen in Kleinkühnau, wo durch lokale Maßnahmen Infrastruktur, Schule, Kindergarten und Vereine gestärkt wurden. Er spricht sich dafür aus, die Methodik ohne externe Büros, aber mit engagierten Verwaltungsmitarbeitenden fortzuführen, und bittet darum, die Thematik künftig im regulären Tagesordnungspunkt statt unter „Sonstiges“ zu behandeln.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erwidert auf Herrn Stadtrat Schönemann, dass zentrale Beschlüsse und Einrichtungen in Kleinkühnau bereits vor 2003 bestanden haben. Anschließend stellt er drei Fragen: Erstens bittet er um Informationen zum weiteren Vorgehen bei der Regenbogenschule, insbesondere zur Ausschreibung und Planung. Zweitens kritisiert er die Verzögerungen beim Projekt Leipziger Tor und fragt nach Verantwortlichkeiten in der Verwaltung sowie einer möglichen Regressnahme. Drittens äußert er Bedenken zur Eilentscheidung über kostspielige Sicherheitspoller, die seiner Ansicht nach auch günstiger hätten gelöst werden können, und bezeichnet die Absage weiterer Feste wie des Erntedank- oder Pflaumenkuchenfests als unverhältnismäßig.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, berichtet zum Stand der Regenbogenschule. Der Abriss könne nach Beschluss einer außerplanmäßigen Ausgabe ausgeschrieben werden. Der geplante Neubau ist mit 36 Mio. Euro die größte Investition der kommenden Jahre und wird aufgrund steigender Schülerzahlen priorisiert. Sie schlägt vor, trotz Haushaltssperre die Planung einzuleiten und dafür eine Ausnahme zu beschließen. Vorteile des gewählten Ausschreibungsverfahrens sind frühe Entwürfe und mögliche Kostenvorteile, zudem bessere Chancen auf Fördermittel. Risiken bestehen in hohen

Planungskosten von bis zu 4 Mio. Euro, wovon rund 1,7 Mio. Euro im Fall eines Ausstiegs nach der Entwurfsplanung verbleiben würden.

Frau Bürgermeisterin Lohde erklärt zum Leipziger Torhaus, dass das Amt für Wirtschaft und Stadtplanung einen nachvollziehbaren Zeitplan vorgelegt hat, der im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung als machbar bewertet wurde. Im Oktober soll die weitere Abstimmung erfolgen. Zudem müsse der Erbbaurechtsvertrag, insbesondere zu Miet- bzw. Vertragsfragen, mit den Fördermittelgebern abgestimmt werden. Sie betont, dass das Projekt nicht liegen bleibt, sondern mit realistischem Zeitplan weitergeführt werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass die Eilentscheidung zu mobilen Sicherheitselementen nicht nur der Absicherung des Weihnachtsmarkts dient, sondern allgemein der Einsatzmöglichkeit von Pollern und Überfahrtssperren in der Stadt. Er verweist auf Erfahrungen aus Magdeburg, wonach zertifizierte Systeme prioritär einzusetzen sind, da deren Wirkung bekannt und verlässlich ist. Improvisierte Absperrungen wie LKWs sind dagegen unsicher und nicht jederzeit verfügbar. Er zeigt sich froh über die Zustimmung der Fraktionen und betont die Bedeutung der Sicherheit der Bevölkerung.

Herr Stadtrat H. Weber kritisiert die Eilentscheidung zu den Sicherheitspollern in zweierlei Hinsicht: Zum einen ist die Informationslage, etwa aus Magdeburg, bereits Wochen zuvor bekannt gewesen und hätte rechtzeitig dem Stadtrat vorgelegt werden können. Zum anderen stellt er die Angemessenheit der Maßnahme infrage und äußert den Eindruck, dass die Verantwortlichen eine klare Positionierung scheuen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass ursprünglich eine Mietlösung für die Sicherheitselemente vorgesehen war, diese sich jedoch aus steuerlichen Gründen nicht umsetzen ließ. Aufgrund der kurzfristig eingegangenen Informationen sowie europaweiter Ausschreibung und Lieferfristen ist die Eilentscheidung in Absprache getroffen worden. Er betont, dass die Fachämter verantwortungsvoll handeln und verweist auf die Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden, der er nachkommen wird.

Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, möchte wissen, wer für die Vollständigkeit der Sitzungsmitschnitte bei Dessau TV verantwortlich ist, nachdem bestimmte Äußerungen dort fehlen. Zudem kritisiert er, dass in diesem Jahr auf Warnhinweise für Schulanfänger verzichtet wurde. Weiter fragt er, wann die Stellungnahme der Stadt zum Teilplan Wind vorgelegt wird, da die Frist am 3. Oktober endet. In Bezug auf die Regenbogenschule und die Schule an der Muldaue mahnt er an, gefasste Beschlüsse konsequent umzusetzen. Schließlich möchte er wissen, wie Mittel aus möglichen Zahlungen für die Ersatzbrücke haushälterisch verankert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Frage zu den Videos schriftlich beantwortet wird. Grundsätzlich soll jedoch ein respektvoller Umgang gepflegt werden. Zur Stellungnahme zum Teilplan Wind verweist er an Herrn Schmidt. Mit

Blick auf die Haushaltslage betont er, dass die Stadt ihr Ausgabeverhalten noch kritischer prüfen muss, was auch bestehende Beschlusslagen einschließt. Dies sei keine Boshaftigkeit, sondern eine Notwendigkeit angesichts der Finanzentwicklung. Die bisherigen Haushaltssperren seit 2023 haben dazu beigetragen, Rücklagen zu sichern, ohne die der Stadt der letzte Gestaltungsspielraum fehle.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erklärt, dass die Regionale Planungsgemeinschaft noch bis 13. Oktober beteiligt wird. Am 26.09. findet ein Treffen mit den betroffenen Ortsbürgermeistern statt, am 30.09. wird im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität berichtet. Die Stellungnahme soll im Oktober beschlossen, aber vorab fristgemäß ein Auszug mit Hinweisen und Anregungen eingereicht werden.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, spricht die Situation in der Johannisstraße an, wo die als Fahrradstraße geplante Verkehrsberuhigung bislang nicht wirkt und die Straße weiterhin stark vom motorisierten Verkehr genutzt wird. Er fordert Nachbesserungen, etwa bessere Beschilderung und konsequentere Kontrolle durch das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, und übergibt dazu zehn Fragen zur schriftlichen Beantwortung. Der Fragenkatalog ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt. Zudem bittet er, das Thema im zuständigen Ausschuss zu behandeln.

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, möchte seinen Redebeitrag ins Protokoll aufgenommen haben.

„Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie vielleicht bereits der Zeitung entnommen haben, schrieb ich letzte Woche eine Pressemitteilung zum Rosslauer Schifferfest. Inhalt waren 2 Videos, die auf der Veranstaltung gedreht wurden und unter anderem mehrere Hitlergrüße dokumentieren. Ich endete meine Pressemitteilung mit einem Satz, der daraufhin viel Anstoß fand. Die Zeitung titelte dann damit, dass ich zu Gewalt aufgerufen habe. Dieser Darstellung möchte ich widersprechen, der von mir verwendete Satz ist symbolisch gemeint und ein Aufruf an die Bevölkerung, sich zu organisieren und gegen solche Vorfälle wie auf dem Schifferfest vorzugehen. Keinesfalls aber ist es ein Aufruf, Gewalt auszuüben. Ich möchte noch einmal betonen, dass ich selbstverständlich für eine gewaltfreie Auseinandersetzung stehe. Ich bin gegen Gewalt, sie sind gegen Gewalt. Und doch ist Gewalt Alltag in unserer Gesellschaft. Ich weiß, wovon ich hier rede, aus erster Hand in den letzten Jahren habe ich mich hier in dieser Stadt vielfach beleidigen, bedrohen und angreifen lassen. Sätze wie „Wir finden dich.“ oder „Ich bringe euch alle um.“ klingen genauso nach wie direkten Bedrohungen. Vergleichbare Situationen passierten nicht nur mir, sondern auch meinem Umfeld. Doch trotz all diesen Angriffen und Bedrohungen habe ich nie meine Hand gegen andere erhoben und habe dies auch in der Zukunft nicht vor. Aber es zeigt, woher die Gewalt wirklich kommt. Nicht nur bei uns ist Gewalt ein Thema, auch deutschland- und europaweit. Im Zeitraum Anfang 2014 bis Ende 2019 starben 19000 Menschen im Mittelmeer, diese Zahlen sind schon alt und zusätzlich gibt es noch viel mehr europäische Außengrenzen an denen Menschen sterben. Im Jahr 2016 sorgte Beatrix von Storch von der AfD für

Aufsehen, als sie forderte, auf Migranten auch auf Kinder an den Grenzen zu schießen. Heute ist das Realität, erst vor wenigen Wochen schoß die von der EU unterstützte und finanzierte sogenannte libysche Küstenwache auf Geflüchtete und auch auf ein anwesendes Seenotrettungsschiff. Auch über die genannten Beispiele hinaus gibt es sehr unterschiedliche Formen von Gewalt, die in unserem Alltag integriert sind. Ich würde mir wünschen, dass wir diesen Anlass nutzen, um einmal ehrlich über das Thema Gewalt im politischen Kontext nachzudenken. Denn ich denke, es wäre dringend notwendig, wenn in Rosslau im öffentlichen Raum der rechte Arm zum Gruß gehoben wird, dann bedeutet dies, dass sich Nazis dort sicher gefühlt haben, wo sie sich sicher fühlen. Da können sich alle anderen nicht sicher fühlen. Ich finde es sehr schade, dass im öffentlichen Diskurs zu Veranstaltungen viel verharmlost und heruntergespielt wurde. Für das nächste Jahr sehe ich nicht nur die Veranstaltenden, sondern vor allem die Zivilgesellschaft in der Pflicht, eine Wiederholung dieser Szenen zu verhindern. Vielen Dank.“

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, möchte seinen Beitrag ins Protokoll aufgenommen haben.

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, meine heutige Wortmeldung ist sowohl traurig als auch notwendig. Anlass ist der in der MZ erschienene Beitrag von Stadtrat Nolte, in dem er das Heimat und Schifferfest abwertend darstellt. Diese Veranstaltung wurde von vielen Ehrenamtlichen und einem engagierten Organisationsteam getragen, die vor großen Herausforderungen standen. Das Fest wurde in der Bevölkerung sehr positiv angenommen und dies kleinzureden, steht in keinem realistischen Verhältnis zur Wirklichkeit. Besonders besorgniserregend ist jedoch der letzte Satz von Herrn Stadtrat Nolte, in dem er öffentlich zur Gewalt aufruft, Wortlaut: „Bildet Banden und macht sie platt.“. Diese Formulierung ist nichts anderes als ein Aufruf zur Gewalt, sie überschreitet klar die rote Linie eines respektvollen Umgangs miteinander und ist für ein Mitglied dieses Gremiums inakzeptabel. Herr Nolte das wurde nicht nur parteiintern, sondern auch öffentlich kritisiert, unter anderem von Herrn Stadtrat Hoffmann und von Herrn Stadtrat Schönemann. Sogar sein eigener Vater hat sich von den Äußerungen distanziert. Angesichts der Schwere der Aussage fordere ich Herrn Nolte auf, die Maßstäbe, die er bei anderen anlegt, auch an sich selbst anzuwenden und sein Mandat niederzulegen. Ich hoffe, dass ein Nachrücker das Mandat übernimmt, der im Umgangston und politische Auseinandersetzung wieder sachlich und gewaltfrei agiert. Ich vermisse den Aufschrei in diesem Gremium und die klare Distanzierung von solchen Äußerungen. Man stelle sich vor, ein Mitglied meiner Fraktion hätte eine solche oder ähnliche Aussage getroffen, nicht auszudenken. Ich denke, uns allen muss bewusst sein, dass Gewalt oder der Aufruf zur Gewalt keinen Platz in der Gesellschaft finden dürfen. Herr Nolte, übernehmen Sie die Verantwortung und machen Sie den Weg frei für Leute, die dieses Gremiums würdig sind. Vielen Dank.“

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf Verlängerung der Redezeit um weitere 15 Minuten. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (25:12:02)

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, stellt drei Fragen. Erstens bittet er um eine Antwort auf seine frühere Nachfrage zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländer(UMA). Zweitens regt er an, die Abgrenzung des Schulhofs der Grundschule Kreuzberge vom öffentlichen Zufahrtsweg zu prüfen. Drittens fragt er nach einer Übersicht zu den Elternbeiträgen in Kindertagesstätten, insbesondere zum Anteil der Selbstzahler, der Befreiten sowie zur Nutzung der Geschwisterermäßigung.

Frau Perl, SPD-Fraktion, erinnert an ihre Anfrage vom April zu den Mietern der Direktabrechnung mit der DWG, zur Anwendung von Urteilen des BGH (2014) und des Landgerichts Dessau (2022) sowie zur Frage der DVV bezüglich § 6a Heizkostenverordnung. Außerdem betont sie zur Regenbogenschule, dass neben finanziellen Erwägungen auch die Glaubwürdigkeit von Rat und Verwaltung auf dem Spiel steht, und fordert eine Beschleunigung mit einem konkreten Zeitplan.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass wegen der Haushaltssperre eine Ausnahmegenehmigung erforderlich sei, um beginnen zu können. Eine Beschleunigung ist daher nicht zielführend, vielmehr muss der Weg über eine Ausnahme erfolgen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, äußert, dass eine Aufforderung an ein Stadtratsmitglied, sein Mandat niederzulegen, möglicherweise einen Fall von Nötigung darstellen kann. Er erinnert an seine Informationsbitten vom 13.08., 30.04., 28.05. und 25.06., die auf Beschlussvorlagen aus 2019 und 2023 basierten, und berichtet, dass er sich mit Frau Beigeordnete Hachmann auf eine Beantwortung bis zum 29.10. verständigt hat. Kritisch merkt er an, dass in den Antworten keine Informationen zu Baumpatenschaften und zur Ehrenamtskarte enthalten waren. Zur Notfalldose sei zwar viel, aber wenig Konkretes ausgeführt worden, obwohl eine Kooperation etwa im Rahmen der Seniorenwoche längst möglich gewesen wäre. Er betont, dass eine Notfalldose günstig einzukaufen und gewinnbringend über die Touristinformation zu verkaufen wäre. Besonders problematisch findet er die Antwort zur Erstwohnsitzprämie: Während die Kosten bei rund 120.000 Euro liegen, stehen dem FAG-Mittel von rund 560.000 Euro gegenüber, sodass ein erheblicher finanzieller Nutzen entsteht. Er plädiert dafür, die Prämie im kommenden Jahr endlich umzusetzen.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, betont zur Regenbogenschule, dass der gefasste Stadtratsbeschluss umzusetzen ist, auch wenn die Haushaltslage schwierig ist. Der Stadtrat muss Prioritäten setzen und darf dabei seine Glaubwürdigkeit gegenüber Kindern, Eltern und Bürgerschaft nicht verspielen. Er erinnert an frühere Erfahrungen gemeinsamer Beschlussumsetzung trotz schwieriger Rahmenbedingungen und fordert, nun ebenfalls Geschlossenheit zu zeigen. Gleichzeitig mahnt er an, auch beim Klinikum gemeinsam für ausreichende Fördermittel des Landes zu kämpfen.

Herr Stadtrat H. Weber entgegnet den Ausführungen von Herrn Stadtrat Ratzmann zu Herrn Stadtrat Nolte. Er erklärt, dass die Formulierung von Herrn Stadtrat Nolte

zwar ungeschickt war, aber nicht eindeutig ein Aufruf zur Gewalt war. Herr Stadtrat Nolte habe seine Aussage bereits klargestellt, weshalb Herr Stadtrat H. Weber die Vehemenz der Kritik sowie die Forderung nach Mandatsniederlegung für überzogen hält.

Herr Hoffmann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, weist die Bezugnahme von Herrn Stadtrat Ratzmann auf ihn zurück und stellt klar, dass er nur Zweifel an der Wirkung von Herrn Stadtrat Noltens Formulierung geäußert habe. Inhaltlich habe Herr Stadtrat Nolte jedoch recht, der eigentliche Skandal sei das Versagen der Zivilgesellschaft gewesen. Die Forderung nach Mandatsniederlegung bezeichnete er als völlig überzogen.

Herr Stadtrat George kritisiert Herrn Stadtrat Ratzmann scharf und warf ihm Täter-Opfer-Umkehr vor. Er listet mehrere extrem aggressive und gewaltverherrlichende Äußerungen verschiedener Personen (jeweils mit namentlicher Nennung und Parteizugehörigkeit) als Kontrast auf und zieht den Schluss, Herr Stadtrat Ratzmann könne solche Forderungen ja beim nächsten AfD-Bundesparteitag vortragen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht

Nachdem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit um 19:28 Uhr hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 19:44 Uhr.

Dessau-Roßlau, 17.10.25

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer